

# Aktion 300 geht mit langem Atem weiter

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Bayerische Landtag ist gewählt. Wir verfolgen mit Spannung die Koalitionsgespräche, die aufgrund der engen Vorgaben nach Art. 44 der Verfassung des Freistaats Bayern keine unendliche Geschichte sein können. Welche Weichenstellungen erfolgen für die Polizei und den Verfassungsschutz? Ich stelle diese Frage voran: Rund 9.000 Kolleginnen und Kollegen haben die GdP-Forderung „**300,- € Polizei- und Sicherheitszulage im Monat**“ unterschrieben, die im Landtag liegt. Was passiert denn nun weiter?

Ihr habt sicher unsere „GdP-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl“ und die „Sonder-GreenNews“ gelesen. Klare Aussagen zur 300,- €-Forderung vermissten wir bei allen seinerzeit im Landtag vertretenen Parteien. Immerhin deuteten zwei Parteien eine Verbesserung an: Die Freien Wähler, bei denen sich die deutlich erhöhten Anforderungen „in der Besoldung widerspiegeln“ müssen, oder Bündnis 90/Die Grünen, für die eine „deutliche Anpassung der Polizeizulage vorstellbar“ ist. Das stimmt optimistisch.

Zwischenzeitlich kam es im Landtag zu einer ersten Entscheidung, die in eine andere Richtung weist: Nach kurzer Diskussion wurde im Ausschuss „Öffentlicher Dienst“ mit der Stimmenmehrheit der CSU unsere Petition als „erledigt abgewiesen“. Die CSU machte geltend, dass die Zulage bereits dynamisiert und ruhegehaltstauglich sei und im Rahmen der Tarifverhandlungen, die für Anfang 2019 wieder anstehen, vermutlich ohnehin erhöht werde. Im Vergleich zu den Zulagen anderer Länderpolizeien sei die bayerische Polizei- und Sicherheitszulage ohnehin schon auf hohem Niveau. Man wolle keine isolierte Betrachtung der Polizei: Bei einer Erhöhung müssten – so die Ansicht der CSU – auch andere Berufsgruppen wie Justiz und Feuerwehr berücksichtigt werden.

SPD, Freie Wähler und Bündnis 90/Die Grünen pochten darauf, die Forderung als Material für die nächste Legislaturperiode anzuerkennen. Insbesondere die Landtagsabgeordnete Eva Gottstein von den Freien Wählern forderte vehement und nachdrücklich, die Petition als Arbeitsmaterial und Hausaufgabe für den neuen Landtag anzuerkennen. Der Bitte der Freien Wähler schlossen sich jedoch nur SPD und Bündnis 90/Die Grünen an, nicht aber die CSU, weshalb die Petition im Augenblick als gescheitert angesehen werden muss.

Damit komme ich auf den Anfang meines Artikels zurück. Erinnert Euch bitte an unsere langjährige GdP-Forderung „**DUZ – 5 Euro pro Stunde**“, die im parlamentarischen Raum zunächst als „utopisch“ zurückgewiesen wurde. In Manifestationen, Aktionen und in vielen Gesprächen haben wir beharrlich für eine Umsetzung gekämpft. Und der letzte Schritt zur Erhöhung auf fünf Euro ist für 2019 zugesagt.

Wir werden in den kommenden Monaten mit den Koalitionsparteien im Bayerischen Landtag in Gespräche eintreten und weiter für unsere Forderung kämpfen. Dabei sehen wir uns gestärkt von den Parteien, die im Landtags-Ausschuss „Öffentlicher Dienst“ dafür plädiert haben, die „**Polizei- und Sicherheitszulage von 300,- € im Monat**“ als Arbeitsmaterial in der neuen Wahlperiode zu behandeln.

Lasst mich schließen: Wenn Bayern künftig Finanzmittel für ein „Bavaria One – Raumfahrtprogramm“ von über 700 Millionen (Kabinettsitzung vom 2. Oktober 2018) bereitstellen kann, dann schaffen wir auch die „**Polizei- und Sicherheitszulage von 300,- € im Monat**“. Dafür treten wir mit langem Atem ein.

### GdP – wer, wenn nicht wir!

Herzliche Grüße  
Euer

Dr. Andreas Vollmer  
Stellv. Landesvorsitzender



# GdP im Gespräch – Antrittsbesuch beim Vorsitzenden des ÖD-Ausschusses im Landtag

Tarifsprecherin Angelika Rinderer, Landesfrauenvorsitzende Christiane Kern und LV Peter Schall konnten auf Einladung des derzeitigen Vorsitzenden des Ausschusses für den Öffentlichen Dienst, Herrn MdL Wolfgang Fackler, ein Gespräch zu den Forderungen der GdP Bayern im Hinblick auf den kommenden Doppelhaushalt 2019/2020 führen. Zufällig hatte der Ausschuss an diesem Tag auch die Petition der GdP Bayern zur Verdoppelung der Polizei-/Sicherheitszulage auf 300 € behandelt und diese abgelehnt. Herr Fackler begründete dies vor allem damit, dass es auch in anderen Verwaltungsbereichen amtspragende Zulagen gibt, die dann ebenfalls aus Gründen der Gleichbehandlung verdoppelt



werden müssen. Bei der Diskussion im Ausschuss kam natürlich auch das Argument, dass Bayerns Polizisten/-innen ohnehin bundesweit am besten bezahlt würden und ja sicherlich bei der kommenden Tarifrunde der Länder mit einem Einkommenszuwachs rechnen dürften. Insoweit bat er um Verständnis für die getroffene Entscheidung, zudem man für bindende Zusagen auch erst den Ausgang der Wahl abwarten muss. Seitens der CSU-Fraktion stehe man allerdings zu der avisierten Anhebung des DUZ auf 5 € zum 01.01.2019, womit eine Uralt-Forderung der GdP erfüllt wäre. Auch werde es sicherlich im Polizeibereich auch wieder Stellenhebungen geben. Für die GdP Bayern liegt der Schwerpunkt eindeutig auf A 12 als Regelbeförderung in der 3. QE, auch beim „Flaschenhals“ A 9+Z besteht aufgrund der Warteliste mit derzeit über 2.700 Wartenden Handlungsbedarf. Für die im DHH 2009/2010 zusätzlich eingestellten Kollegen/-innen steht in 2019/2020 auch die Beförderung nach A 9 an, deren A8-Stellen müssen also demnach angehoben werden. Mit der Hebung der letzten beiden Abteilungsführer der Bepo auf A 15/16 wäre dieses Programm auch endlich abgeschlossen. Christiane Kern beackerte den Bereich Beihilfe und sprach neben der notwendigen Anhebung der Gebührensätze in fast allen Bereichen auch die mitunter sehr langen Bearbeitungszeiten sowie die Kostenfalle Dienstanfall an. Betroffene gingen beim Dienstanfall davon aus, dass der Staat die notwendigen Auslagen ersetzt, aufgrund Verweis der Heilverfahrensordnung auf die analoge Anwendung der Beihilfevorschriften haben sie jedoch oft erhebliche Eigenbehalte zu tragen. Hinsichtlich der Gebührensätze verwies Herr Fackler auf laufende Verhandlungen auf

Bundesebene mit den entsprechenden ärztlichen Verbänden, die Personalprobleme in den Beihilfestellen hoffe man durch die im Nachtragshaushalt dafür zusätzlich geschaffenen Stellen für die Beihilfebearbeitung erledigt zu haben.

Für den Bereich Arbeitnehmer/-innen wurden die Themen Wiederbesetzungssperre, zusätzliche Einstellungen aufgrund starkem Personalzuwachs bei den Beamten/-innen und zusätzlicher Aufgaben sowie ebenfalls notwendige Stellenhebungen behandelt. Auch für Arbeitnehmer/-innen bedarf es Aufstiegsperspektiven, zudem die Eingruppierung der verschiedenen Tätigkeiten oft nicht mehr zeitgerecht seien, so Angelika Rinderer. Die EG 3 ist z.B. zur Deckung der allgemeinen Lebenshaltungskosten speziell in den Ballungsräumen nicht mehr ausreichend. Die sogenannte „Schreibkraft“ ist Geschichte. Die Kollegen/-innen üben vielseitige Misch Tätigkeiten aus. Einstellungen von Bürokräften wäre die sinnvollere Lösung und die Eingruppierung könnte in EG 5 erfolgen. Jetzt wird bei der Eingruppierung aufgrund der Ausbildung entschieden, die Anforderungen und auszuübenden Tätigkeiten sind jedoch absolut identisch.

Während bei den Beamten ein erfreulicher Zuwachs der Stellen erfolgte, haben sich durch verschiedene Haushaltsgesetze der letzten Jahre die Arbeitnehmer um rund 200 Stellen reduziert. Auch die Thematik Schmutzulage wurde angesprochen, aufgrund der geringen Cent-Zuschläge pro Stunde ist hier vor allem der damit verbundene Verwaltungsaufwand in der Kritik. Eine monatliche Pauschale oder eben eine höhere EG würden nicht nur mehr Arbeitszufriedenheit bringen, sondern auch den Bearbeitungsaufwand reduzieren. Hier ist jedoch fast alles in den Tarifverträgen geregelt, insofern müssten die Gewerkschaften entsprechende Forderungen in die Verhandlungen einbringen, auch wenn er selbst für viele angesprochene Punkte volles Verständnis habe, so der Abgeordnete. Als „Gedächtnisstütze“ überreichte Kollegin Rinderer Herrn MdL Fackler eine umfangreiche schriftliche Unterlage, die Tarifsprecherin Karin Peintinger, die leider selbst nicht am Termin teilnehmen konnte, erstellt hatte (s. Foto).

**PSch**

## REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Dezember 2018 ist am 2. November 2018. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**  
Internet: [www.gdpbayern.de](http://www.gdpbayern.de)

**Geschäftsstelle:**  
Hansastraße 17/II, 80686 München  
Telefon (0 89) 57 83 88-01  
Telefax (0 89) 57 83 88-10  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Markus Wimmer  
Hansastraße 17  
80686 München  
Tel.: (089) 57 83 88 50  
E-Mail: [redaktion@gdpbayern.de](mailto:redaktion@gdpbayern.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



GdP IM GESPRÄCH

# GdP im Gespräch – Abschiebe-Problematik

Der Landesvorstand der GdP tagte im Hotel Maisberger in Neufahrn/LK Freising. Zufällig hatte am gleichen Tag der dortige Stimmkreisabgeordnete und jetzt Staatskanzlei-Chef Dr. Florian Herrmann zu einer Wahlveranstaltung mit dem Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ sowohl Polizei, BRK und Feuerwehren eingeladen. Als Teilnehmer der Podiumsdiskussion war u. a. unser LPP Prof. Dr. Schmidbauer mit von der Partie.

lematik Asylheime und Abschiebungen hinzuweisen. Wir schilderten die damit verbundenen Alltagsprobleme und die große Gefahr des Motivationsverlustes der eingesetzten Beamten/-innen. Es ist einfach frustrierend, dass die Hälfte der Delinquenten gar nicht mehr anzutreffen ist, und bei den anderen Schüblingen sehr oft die Abschiebung am Flughafen scheitert. Folge ist der Rücktransport in die Unterkunft, wo diese Menschen mit großem Applaus ihrer Landsleute in Empfang genommen werden. Auf Dauer wird hier die Motivation der eingesetzten Beamten/-innen zugrunde gerichtet, so berichtete Manuel Bauer von diversen Überlegungen gerade junger Kollegen/-innen, bei der Polizei zu kündigen, denn diese Art der Beschäftigung habe man sich bei der

nehmen müssten. Auch sollten die speziell im Bereich PP Oberbayern Nord vorhandenen Abschiebe-JVAen Eichstätt, Erding und nun auch im Flughafen München (ehem. Wartungshalle 3) von der Justiz übernommen werden. Aktuell werden hier insbesondere die jungen Kollegen/-innen des jeweils zuständigen OED „verheizt“. LPP Schmidbauer erhofft sich, dass hier insbesondere das Landesamt zukünftig die hinsichtlich Abschiebungen anfallenden Aufgaben übernimmt und, soweit die Anwendung von unmittelbarem Zwang notwendig erscheint, die Bundespolizei in die Bresche springt, die aktuell ihren Personalbestand für Bayern aufstockt. Die GdP Bayern erkennt den gesetzlichen Auftrag, rechtskräftige Abschiebungen auch ggf. zwangsweise durchzuführen, durchaus an – es darf aber nicht alles an Bayerns Polizei hängenbleiben. Dabei darf man nicht nur die Abschiebung als solches im Fokus haben, denn bei bestehender Abschiebehaf sind auch sehr oft ad hoc Krankenhausbewachungen, Vorführungen beim Arzt oder auch beim Richter zu organisieren, sodass insbesondere die Kollegen/-innen von OED, Schubgruppe oder auch Verfügungsgruppe hier überhaupt keine Planung mehr hinsichtlich ihrer Freizeit tätigen können. Inzwischen schlagen hier die Klagen der betroffenen Kollegen/-innen bei Personalrat und Gewerkschaft auf: Hier besteht laut Schall und Bauer dringender Handlungsbedarf.



V. l.: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, KG-Vorsitzender Manuel Bauer

KG-Vorsitzender der KG Neuburg-Donau, Manuel Bauer, und LV Peter Schall nutzten die Gelegenheit für ein Gespräch mit LPP Prof. Schmidbauer und Dr. Florian Herrmann, um auf die Prob-

Berufswahl nun absolut nicht vorgestellt. Peter Schall forderte für die Polizei, dass hier sowohl das neu gegründete Landesamt für Asyl als auch die Bundespolizei diese Aufgaben über-

## Personalsituation der Dienststellen im Bereich Landshut

Einer Einladung des Landrates des Landkreises Landshut, Herrn Peter Dreier, sind der Bezirksgruppenvorsitzende der GdP Niederbayern, Andreas Holzhausen und sein Stellvertreter Sigi Saatberger, gerne gefolgt. In sehr angenehmer Atmosphäre erläuterten die beiden Gewerkschaftsvertreter die aktuelle Personalsituation bei den Landshuter Dienststellen. Egal ob bei -S- oder -K-, rosige Personalzahlen sehen anders aus.

Neben weiteren Themen wie die Gewalt gegen Retungskräfte und die Polizei wurde das Abschiebungsverfahren sowie die enorme Belastung durch Vorführungen erklärt. Hatte alleine die PI Landshut im Jahr 2017 über 1000 Vorführungen zu bewältigen. Ohne zusätzliche Unterstützung durch die umliegenden Dienststellen ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Landrat Dreier sicherte seine Unterstützung in allen Belangen zu und man war sich einig, dass weitere Gespräche folgen werden.



Im Bild v. l.: BG-Vorsitzender Andreas Holzhausen, Landrat Peter Dreier, KG-Vorsitzender Siegfried Saatberger

## Wie steht es um die innere Sicherheit in Deutschland, Bayern und in der Region Memmingen/Unterallgäu

Die GdP Schwaben Süd/West veranstaltete am 27. 9. 2018 ihre Jahresversammlung unter Federführung des KG-Vorsitzenden Gerwin Bernhard von der KG Unterallgäu-Memmingen. 140 Teilnehmer folgten der Einladung unter hochkarätiger Gastbeteiligung. Polizeipräsident Werner

Personalsituation in allen Bundesländern, wengleich er der Politik sehr wohl guten Willen bescheinigte, um dieser prekären Situation entgegenzutreten. Im Koalitionsvertrag stehen 7500 Neueinstellungen, die aber reichen bei Weitem nicht aus. 55 000 Neueinstellungen bis 2021 seien auf Bundesebene

mann habe dieses Problem erkannt und hat auch den richtigen Weg eingeschlagen. Beginnend von 2017 bis 2023 sollen insgesamt 3500 zusätzliche Polizisten/Polizistinnen eingestellt werden, 500 davon für die Fahndungseinheiten an den Grenzen. Gerwin Bernhard zeigte die Situation in Schwaben Süd/West auf. Hier fehlen insgesamt über 200 verfügbare Beamte, davon alleine bei den Memminger Polizeidienststellen einschließlich Flughafen ca. 50. Am Ende des Abends bedankte sich Gerwin Bernhard bei den Kolleginnen und Kollegen, die für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt wurden und bei allen Teilnehmern und Ehrengästen, die durch ihren Besuch zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben.



V. l.: Ernst Kuisle, Gerwin Bernhard, Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Peter Pytlik, Dr. Andreas Vollmer, Peter Schmid

Strößner, Vize-Präsident Guido Limmer, Leiter Polizeiverwaltung ORR Dieter Böck und RD Michael Rieger vom Innenministerium, Abt. C3, waren als Ehrengäste geladen. Von der GdP war als Referent kein Geringerer als Bundesvorsitzender Oliver Malchow aus Hamburg angereist und erntete für seine Ausführungen großen Applaus. Polizeipräsident Werner Strößner zeigte in seinem sympathischen Grußwort die Nähe zu seinen Mitarbeitern und bedankte sich bei den Verantwortlichen der GdP für die immer gute und offene Zusammenarbeit.

Stellv. Landesvorsitzender und BG-Vorsitzender Peter Pytlik führte eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung noch ein Telefongespräch mit Innenminister Joachim Herrmann. Dem Minister war es wichtig, den Teilnehmern seine Grüße und seinen großen Dank für die engagierte und professionelle Polizeiarbeit aller Polizeibeschäftigten im Bereich Schwaben Süd/West zu übermitteln.

Bundesvorsitzender Oliver Malchow referierte über die sehr angespannte

notwendig, um den Personalstand wieder aufzufüllen. Auch Peter Pytlik machte sehr deutlich, dass die personelle Situation in Bayern alles andere als gut ist. Innenminister Joachim Herr-



**BEREITSCHAFTSPOLIZEI**

# Neueinstellungen bei der bayerischen Polizei – Auf ein Neues ...!

330 neue Beamte in Ausbildung (BiA) in der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau. Was bedeutet dies für einen Personalrat?

- 13 Unterrichtseinheiten mit persönlicher Vorstellung und Erläuterung der Tätigkeit.
- Erste persönliche Konsultationen und Nachfragen,



Die GdP freut sich über zahlreiche Neumitglieder an allen Aufstellungsstandorten wie hier z. B. in Dachau; rechts im Bild: die Infostände für den Werbeabend sind vorbereitet.

- Dreimal Durchführung der Wahl einer Vertrauensperson gem. Bayerischem Personalvertretungsgesetz.

Das Tagesgeschäft für über 1000 Beamte und fast 200 Tarifbeschäftigte gilt es dabei fortzusetzen. Wenn das Dienstende als Personalrat naht, heißt

es Dienstbeginn in der Rolle als Gewerkschaftsvorsitzender.

Was fällt für einen Gewerkschaftsvorsitzenden in dieser Zeit an Aufgaben an?

- 86 Pakete mit Werbe- und Infomaterial kommen an
- Eine 20-seitige Begrüßungsmappe erstellen und 330-Mal drucken lassen
- 330 GdP-Ordner mit Trennblättern, Begrüßungsmappe und Klammer bestücken
- Mitgliedsantrag vorausfüllen und 330-Mal drucken lassen
- Zumindest 150 Einsatztaschen aus je sechs Einzelteilen zusammenbauen
- Mind. 150 Schreibmappen mit Blöcken und Kugelschreibern bestücken
- Mitwirkende für die Vorstellungspräsentation und den Werbeabend motivieren
- Mitarbeiter der GdP und der Signal-Iduna bei der Dienststelle anmelden
- Präsentation für die 60-minütige Vorstellung gestalten
- Neue Beschlüsse des Landesbezirksvorstands erfragen und mit einfließen lassen
- Messstände und Stehtische vorbereiten
- ... und dabei weiterhin im GdP-Tagesgeschäft, wie Rechtsschutzanträge, Unfallmeldungen, Einkaufsanfragen etc. vollen Service bieten.

Eine zeitraubende und intensive Aufgabe, die so oder so ähnlich in jeder Bereitschaftspolizeiabteilung abläuft – fast jeden September und nahezu jeden März!

Diese Aufgabe lässt sich nur im Team lösen, lässt sich nur bewältigen, wenn neben dem Vorstand auch Vertrauenspersonen, Junge Gruppe und engagierte Mitglieder aus Einzeldienst und BP mithelfen – alle ehrenamtlich, wohl gemerkt!

All diesen Mitwirkenden sei an dieser Stelle gedankt – nur durch die-



sen Einsatz für Eure, für unsere GdP kann unser Vorstand weiterhin als größte Polizeigewerkschaft der Welt die Interessen aller Mitglieder, aller Polizeibeamten und Tarifangestellten offensiv vertreten und bei Politik und Mandatsträgern Gehör finden.

**Von Markus Schirmer**

## 2. GdP-Mädelsevent der III. BPA Würzburg

Am 6. 9. 2018 fand zum zweiten Mal unser GdP-Mädelsevent statt. Mit einer kleinen Gruppe Mädels, Stammpersonal und BiA, ging es nach Marktbreit. Dort hat sich die Gästeführerin Ulli tolle Besichtigungspunkte überlegt und uns mit selbst gemachtem Zwiebelkuchen und Federweißer eingestimmt. Es folgten gute Weine und Gebäck, bis wir über alte Stadtmauertürme, das Rathaus und über den sogenannten Liebespfad auf den Kapellenberg gelangten. Dort wartete eine leckere Brotzeit, ein Liederbuch und ein Quiz mit Fragen zu Marktbreit und den Wein. Als Preise konnten tolle Gutscheine von unserem Kooperationspartner Kosmetikstudio „Hautnah“ an die Gewinnerinnen übergeben werden. Es war wieder ein gelungener Abend, der hoffentlich nächstes Jahr mit einem anderen Programm wiederholt werden kann.

**Carolin Roth, Vorstand Frauen KG Würzburg, III. BPA**



## Gemeinsame Landtagsfahrt der Polizeigewerkschaften

Rund 50 Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Zoll aus dem Landkreis Traunstein durften vergangene Woche einer Einladung des MdL Klaus Steiner (CSU) in den bayerischen Landtag folgen. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Kreisgruppenvorsitzenden Andreas Nominacher und Alexander Zopf der Polizeigewerkschaften GdP und DPolG. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmern einen Einblick in die parlamentarische Arbeit zu ermöglichen.

In einer Führung wurde den politisch Interessierten die Geschichte und die herausragende Architektur des Gebäudes Maximilianeum vorgestellt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen lud MdL Steiner zu einer Diskussion in den Plenarsaal, wo bei einem Impulsreferat vom Abgeordneten Steiner zu aktuellen politischen Themen auch das Polizeiaufgabengesetz zur Sprache kam. „Wir brauchen Waffengleichheit mit immer raffinierter agierenden internationalen Terrorgruppen und Verbrecherbanden“, betonte Steiner. Zum Abschluss der politischen Bildungsfahrt

*Das Bild zeigt die Teilnehmer der Landtagsfahrt, bestehend aus Angehörigen der beiden Polizeigewerkschaften GdP und DPolG sowie den Zöllnern des HZA Rosenheim, Dienststelle Traunstein. Mittig unten Herr MdL Klaus Steiner, daneben die beiden Kreisgruppenvorsitzenden Andreas Nominacher (links im Bild, GdP) und Alexander Zopf (rechts im Bild, DPolG).*

erhielten die Besucher in einer Filmvorstellung interessante Informationen über die Aufgaben, Herausforderungen und die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags.



## 1. Grundseminar für Seniorenbeisitzer in den Bezirks- und Kreisgruppen

In der Zeit vom 10. bis 11. September 2018 fand das 1. Grundseminar für Seniorenbeisitzer im Wellness-Hotel Dirsch in Titting-Emsing, statt. Teilnehmer waren die von den Bezirksgruppen gemeldeten Kollegen, die sich bereiterklärt hatten, ein Amt als Beisitzer Senioren in der Bezirks- bzw. Kreisgruppe zu übernehmen oder die dieses bereits übernommen hatten.

Die Seminarleitung hatten dankenswerterweise die Kollegen Hans

Kormann und Otto Junker übernommen. Sie vermittelten den Teilnehmern wichtige Informationen zur Gliederung und zum Aufbau innerhalb der GdP und zur Betreuung der Mitglieder der Seniorengruppe in der Gewerkschaft der Polizei. Dabei wurden ihnen Tipps und Beispiele an die Hand gegeben, in denen auch bildhaft erklärt wurde, dass die Betreuung bereits vor dem Eintritt in den Ruhestand beginnen muss. Informiert wurde auch über so wichtige Themen wie Beihilfe, Vollmachten, Verfügungen und Pflege im Alter bis hin zum Sterbefall. Dass dabei die richtigen Themen angerissen wurden, zeigte die rege Mitarbeit der Teilnehmer bei den einzelnen Referaten.

In Versicherungsangelegenheiten gab Jürgen Rittel von der PVAG Signal Iduna – Kooperationspartner der GdP – nicht nur wichtige Hinweise zur Einsparung bei den Versicherungsprämien, sondern erläuterte auch anhand eines PowerPoint-Vortrages, welche Versicherungen im Ruhestand wirklich noch benötigt werden, und auf welche man ggf. verzichten kann.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen endete das Seminar am zweiten Tag. Den Seminarteilnehmern wurde von Seiten der Seminarleitung eine unfallfreie Heimfahrt und viel Glück und Erfolg in ihrem neuen Ehrenamt gewünscht. Zum Schluss noch der Hinweis auf das 2. Grundseminar, das voraussichtlich vom 16. bis 17. September 2019 stattfinden wird. Teilnehmen kann nur, wer sich bereiterklärt, ein Amt als Beisitzer der Senioren zu übernehmen oder bereits ein solches Amt innehat und über seine Bezirksgruppe gemeldet wird.



# JETZT BUCHEN UND **FRÜHBUCHER-** **RABATTE** SICHERN!



GdP Service GmbH

**Jetzt schon an den Sommer denken** und mit uns Euren ganz persönlichen Urlaubstraum planen – sonnige Reisen zu Traumstränden, in tolle Wellness-Oasen oder aufregende Städte. Mit **satten Frühbucher-rabatten und sensationellen Ersparnissen**. GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten außerdem einen **5% Reisekostenzuschuss** bei Buchungen über unser Reisebüro „gdpservice-touristik“ auf:

- alle Pauschalreisen • Kreuzfahrten • Ferienwohnungen und Hotels mit Selbstanreise • Kultur- und Studienreisen • Reiseversicherungen
- Sonderangebote

[www.gdp-service-touristik.de](http://www.gdp-service-touristik.de)

**Hotline: 089/57838824**



GLÜCKWÜNSCHE

# 150 Jahre an einem Tag



Am 19. 9. 2018 musste die Vorsitzende der Kreisgruppe Hof, Melanie Geyer, gleich zweimal „ausrücken“.

Unser langjähriges Mitglied Alois Köglmeier (linkes Bild) feierte seinen 80. Geburtstag. Ihm wurde zu diesem Anlass ein Geschenk mit den besten Wünschen seiner Gewerkschaft überreicht.

Im Anschluss wurde unser Freddy Schmalfluss aufgesucht. Dieser feierte sein 70. Wiegenfest. Auch ihm wurden natürlich Glückwünsche und ein Präsentkorb überreicht.

